

Nachhaltige Stadtentwicklung

Wie geht das? – Städte im Vergleich

Dienstag, 12.05.2015, 19.30 – 21.30 Uhr

“Nachhaltige Stadtentwicklung” - was bedeutet das und vor allem wie setzt man es strategisch um? Um diese Fragen ging es am 12. Mai 2015 in der dritten Veranstaltung der Reihe “Köln nachhaltig gestalten”, organisiert von der KölnAgenda und der VHS Köln. Obwohl die Initiatoren an diesem Dienstag mit anderen Gesprächsrunden in Köln zum Thema Stadtentwicklung konkurrierten, wie z. B. der Diskussion um die Parkstadt Süd im Humboldt-Gymnasium am Kartäuserwall, kamen rund 60 Personen ins FORUM Volkshochschule im Rautenstrauch-Joest-Museum. Dabei sollte an diesem Abend nicht nur die nachhaltige Stadtentwicklung in Köln thematisiert werden, sondern auch die Kölner Nachhaltigkeitskonzepte im Vergleich zu Freiburg diskutiert werden. Aus Freiburg war Simone Ariane Pflaum eingeladen. Sie ist Leiterin des Nachhaltigkeitsmanagements der Stadt Freiburg. Im Laufe des Abends stellte sich heraus, dass die Stadt Freiburg in vielen Punkten eine Vorbildfunktion für Köln einnehmen könnte. Als zweite Referentin vertrat Marie Halbach den Geschäftsführer von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 in Nordrhein-Westfalen. Zum Abschluss hielt Werner Stüttem, der stellvertretende Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik in Köln, einen Vortrag über Nachhaltigkeit in Köln. Die Moderation übernahm Martin Rüttgers, Geschäftsführer des Kölner Instituts für Politikberatung und Forschung. Rüttgers arbeitet seit mehreren Jahren zu nachhaltiger Stadtentwicklung in Verbindung mit Bürgerbeteiligung.

Vortrag von Simone Pflaum

Wie Nachhaltigkeitsmanagement systematisch geplant und durchgesetzt werden kann, veranschaulichte Simone Pflaum am Beispiel der kreisfreien Stadt Freiburg. Im Jahre 2011 wurde im dortigen Dezernat des Oberbürgermeisters Freiburgs die neue Stabstelle Nachhaltigkeitsmanagement eingerichtet, um die städtische Nachhaltigkeitsorientierung hinsichtlich neuer Herausforderungen weiter auszubauen. In ihrem Vortrag warf Pflaum zunächst einen Blick in die Anfänge und Entwicklung des Nachhaltigkeitsprozesses in Freiburg, um im zweiten Teil auf das Nachhaltigkeitsmanagement und die kommunale Umsetzung einzugehen.

Der Nachhaltigkeitsprozess der baden-württembergischen Stadt, die 2012 mit dem 35.000 Euro Veranstaltungsreihe „Köln nachhaltig gestalten“/ Dokumentation der Veranstaltung zu nachhaltiger Stadtentwicklung am 12.05.15 dotierten deutschen Nachhaltigkeitspreises ausgezeichnet wurde, ist eng mit dem Engagement der Zivilgesellschaft verbunden. Diese hat bereits in den 1970er Jahren erfolgreich gegen den Bau des Atomkraftwerks in Brühl demonstriert. Auch die autofreie Innenstadt Freiburgs und der Ausbau des Straßenbahnnetzes, wären ohne die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger nicht umsetzbar gewesen. Meilenstein im Freiburger Nachhaltigkeitsprozess war die UN-Konferenz in Rio (1992) und das daraus hervorgegangene weltweite Aktionsprogramm, die Lokale Agenda 21. Auch unterzeichnete der Freiburger Gemeinderat im Jahr 1996 die Charta von Aalborg, eine EU-weite Erklärung. In dieser verscrieben sich die europäischen Städte und Kommunen der Zukunftsbeständigkeit, also der Nachhaltigkeit, und erklärten die Handlungsprogramme der Lokalen Agenda 21 konkret umzusetzen. Somit gründete sich ein Jahr später das Freiburger Forum 21. Das Forum 21, sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger, formulierten Leitziele für die lokale Agenda 21 und legten sie dem Gemeinderat um Jahr 2002 vor. Laut der Ziele sollten in Freiburg ökologische Verträglichkeit mit ökonomischer Vernunft und sozialer Gerechtigkeit vereint werden. Dieser Dreiklang

spiegelt das umfassende Verständnis der Stadt Freiburg von Nachhaltigkeit wider. Mit der Gründung des Freiburger Nachhaltigkeitsrates im Jahr 2006 wurde das Nachhaltigkeitskonzept politisch umgesetzt. Der Nachhaltigkeitsrat berät und unterstützt den Gemeinderat und die Stadtverwaltung in der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung der Stadt. Auf der Grundlage der Berichte von den Agenda 21-Büros erarbeitete der Rat 60 Ziele, eingeteilt in 12 Themenbereiche, die im Jahr 2009 von dem Freiburger Gemeinderat beschlossen wurden und heute als Grundlage für politisches Handeln gelten. Im Nachhaltigkeitsrat ist sowohl die Bürgerschaft, als auch der Gemeinderat, Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft, sowie zivilgesellschaftliche Gruppen, wie die Kirche, Vereine behinderter Menschen oder ökologische Zusammenschlüsse versammelt. Vorsitzender des Rates ist der Oberbürgermeister Dieter Salomon.

Ende 2014 legte Freiburg seinen ersten Nachhaltigkeitsbericht vor. Der Bericht wurde parallel zum Haushaltsentwurf 2015/16 eingebracht und verbindet die Nachhaltigkeitsberichterstattung mit einem Finanzreport. In Zukunft kann anhand der im Bericht festgelegten Indikatoren und Messzahlen, dargestellt werden, welche Nachhaltigkeitsziele wie und mit wie vielen finanziellen Mitteln umgesetzt werden.¹ Die Verbindung von Finanz- mit Nachhaltigkeitsberichterstattung war bis dato einmalig in der Bundesrepublik Deutschland und kann als Vorbild für andere Kommunen fungieren.

Nach dem historischen Abriss, ging Pflaum in einem zweiten Teil auf das Nachhaltigkeitsmanagement und die kommunale Umsetzung ein. Dabei konzentrierte sie sich einerseits auf den *strategischen Fokus* der Stadt Freiburg, andererseits ging sie auf die *Hauptakteure* des Nachhaltigkeitsmanagement, den *Managementprozess* an sich und die darin verwendeten *Instrumente* ein.

Um die Nachhaltigkeitsziele effektiver erreichen zu können, beschloss der Gemeinderat im Jahr 2012 aus den 60 Nachhaltigkeitszielen einen **inhaltlichen Fokus** herauszufiltern. Dabei einigten sich die Räte und Rätinnen auf sechs Schwerpunktfelder: Stadtplanung & Stadtentwicklung; verbesserte Mobilität und weniger Verkehr; Bildung; Soziale Gerechtigkeit; sowie Klima & Energie.

Die **wichtigsten Akteure** bei der Freiburger Nachhaltigkeitsgestaltung, sind neben dem Nachhaltigkeitsmanagement, dem Nachhaltigkeitsrat (er setzt Zukunftsimpulse), dem Gemeinderat (er beschließt Nachhaltigkeitsziele und -aktivitäten) und der Stadtverwaltung, vor allem die Stadtgesellschaft, die sich durch verschiedene Beteiligungsformate an dem Diskurs und am Prozess maßgeblich beteiligt. Dass die Stadtgesellschaft der wichtigste Akteur in der nachhaltigen Entwicklung ist, betont die Referentin Pflaum im Laufe der Veranstaltung mehr als nur einmal.

Der **Managementprozess** besteht aus einem Kreislauf von Zielsetzung, Ratsbeschluss, Umsetzung und Monitoring, Berichterstattung und Evaluation, sowie Bestandsaufnahme und Fortschreibung.

Als **Instrumente** in der nachhaltigen Entwicklung Freiburgs führte Pflaum die Prozessstrukturen an, wie der Oberbürgermeister oder den Nachhaltigkeitsrat, beteiligungsorientierte Handlungskonzepte, sowie konkrete Projekte, wie das Projekt „Freiburger Nachhaltigkeitskompass“. Zudem werden durch Veranstaltungen, Internetseiten sowie verschiedene zivilgesellschaftliche Beteiligungsformate, die von Befragungen bis hin zu Bürgerentscheiden reichen, nachhaltige Projekte in Freiburg organisiert. Auch die Beteiligung von Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft fallen unter diesen Punkt.

Nach dem Vortrag hatten die Zuschauerinnen und Zuschauer die Möglichkeit direkte Fragen an Simone Pflaum zu stellen. Bei den Nachfragen ging es um den Nachhaltigkeitsrat, sowie den Einfluss der Wirtschaft auf den Nachhaltigkeitsprozess in Freiburg. Ein Zuschauer wollte genau wissen, wie oft der

¹ Bericht: URL:

http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/761949/Freiburger_Nachhaltigkeitsbericht_2014.pdf

Nachhaltigkeitsrat zusammentrifft und ob der Nachhaltigkeitsrat den Gemeinderat beeinflussen kann. Zweimal im Jahr setzt sich der Rat in großer Runde zusammen und trifft sich zudem verteilt über das Jahr in Workshops und Arbeitsgruppen, wie Pflaum erklärt. Der Nachhaltigkeitsrat dient als Impulsgeber für die Exekutive und steht mit seiner Expertise als beratendes Organ dem Gemeinderat zur Verfügung. Die Wirtschaft ist im Nachhaltigkeitsrat mit 10 Mitgliedern vertreten, darunter der Handelsverband Südbaden e.V., die Handwerkskammer, die Architektenkammer oder der SC Freiburg. Zudem gab es eine Rückfrage bezüglich der Post-2015-Ziele, die die Vereinten Nationen in diesem Jahr veröffentlicht werden. Diese werden, so Pflaum, in die Freiburger Nachhaltigkeitsziele eingepflegt, sofern sie nicht schon enthalten sind.

Der zentrale Punkt in der nachhaltigen Entwicklung der Stadt Freiburg war und ist die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Prozess. Auch der Stellenwert von Nachhaltigkeit ist mit der Schaffung einer ganzen Stabsstelle für Nachhaltigkeitsmanagement ein viel höherer verglichen mit Köln.

Vortrag von Marie Halbach

Als zweite Referentin war Marie Halbach von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW, kurz LAG, eingeladen. Die LAG ist ein Netzwerk und Interessenvertretern von nordrhein-westfälischen Kommunen, Kreisen, Verbänden und Initiativen. Ihr Ziel ist es die Kommunen dabei zu unterstützen, den Agenda 21-Prozess zu professionalisieren, Nachhaltigkeitsmanagementsysteme einzuführen und eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Zudem führt die LAG Studien zur Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen durch, um den Nachhaltigkeitsprozesse zu dokumentieren und ausbaufähige Felder aufzuzeigen. Die LAG greift dabei auf verschiedene Managementsysteme zurück, wie bilaterale Klimapartnerschaften, nachhaltiges kommunales Flächenmanagement, Zertifizierung flächensparender Gemeinde und Kommunen, sowie Klimaschutz und Klimaanpassung. Halbach erklärte, dass die LAG durch ihr **kooperatives Planungsverständnis von nachhaltigen Projekten** in den letzten Jahren die besten Ergebnisse erzielen konnte. Das bedeutet, dass Planungsprozesse für alle beteiligten Akteure in der Verwaltung geöffnet wurden, um Ergebnisse zu optimieren. Dabei war und ist es besonders wichtig, dass die verschiedenen Herausforderungen, wie Klimawandel, demografischer Wandel, Mobilität, Artensterben und Infrastrukturkosten integriert betrachtet und die Interdependenzen zwischen diesen Faktoren mitgedacht werden, betonte Halbach.



Foto: Sofie Sczilwik

Nach einer etwas abstrakten Einführung über die Nachhaltigkeitsstrategien, zeigte Halbach anhand der Länderstudie Rio+20 in NRW, wie der Status quo der Lokalen Agenda 21 ist und wie sich kommunale Nachhaltigkeitsprozesse seit der UN-Konferenz in Rio (1992) entwickelt haben. Durchgeführt wurde die **bundesweite Studie** in drei beispielhaften Bundesländern (NRW, Bayern und Thüringen) vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT)². Die Studie verbindet eine qualitative mit einer quantitativen Analyse. Zunächst wurde den nordrhein-westfälischen Kommunen und Kreise leitfragengestützten Interviews zu dem kommunalen Nachhaltigkeitsprozess und zu den Aktivitäten per Telefon und E-Mail zugesandt. Von den 427 kontaktierten Verwaltungen von Kommunen und Kreisen, beteiligten sich 127 Kommunen und 10 Kreise an der Studie. Die Ergebnisse ergaben, dass 57% der Kommunen und Kreise einen Agenda-Beschluss gefasst haben, womit die strategische Verankerung der Lokalen Agenda in über der Hälfte der (an der Studie teilnehmenden) Kommunen und Kreise gegeben ist (für mehr Studienergebnisse siehe Studienbericht S. 20). Dabei gab knapp ein Drittel der Studienteilnehmer an, dass die Verwaltung den Lokalen Agenda-Prozess maßgeblich vorangetrieben hat. Ein Fünftel bezeichnete den Lokalen Agenda 21-Prozess (LA 21-Prozess) als ein Gemeinschaftsprojekt von Verwaltung, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Etwas weniger als ein Fünftel sah die Zivilgesellschaft und nur drei Prozent die Wirtschaft als treibende Kraft hinter dem Nachhaltigkeitsprozess. Bei der Frage welche Gremien in Nordrhein-Westfalen verantwortlich für die LA 21-Prozess sei, gaben ein Fünftel „kontinuierliche Arbeitskreise“ an. 17% verfügen über einen Agenda 21-Beauftragten. Hinsichtlich der personellen und sachbezogenen Ressourcen ergibt sich folgendes Bild: 58% der Kommunen und Kreise stellen keine Personalmittel und 54% keine Sachmittel für den LA 21-Prozess zur Verfügung. Nur 4% aller Kommunen investieren 10.000 Euro in Nachhaltigkeit und 7% haben für die Lokale Agenda eine volle Stelle geschaffen. Die quantitative Analyse der Studie wurde anhand eines Indikatorensets erfasst, welches auf den Ergebnissen der leitfragengestützten Interviews basiert.

² Vgl. Studie Rio 20 in NRW unter URL:

http://www.lag21.de/fa/editor/Dokumente/Dokumentationen/Abschlussdokumentation_Rio_20_NRW_Final.pdf

Unter diesen Indikatoren waren (hier beispielhaft aufgeführt): „Beschluss zur lokalen Agenda“, „Gestaltung sozialer Integration“, „Partnerschaften mit Südländern“, „Förderung des Fairen Handels“, „Personalstellen“, „LA 21- und Nachhaltigkeitsstrategien“, „Sachmittel im Haushalt“, „Positive Veränderungen in der Verwaltungsstruktur“, „Partizipation und bürgerschaftliches Engagement“ etc. Überdurchschnittliche Erfolge in ihrer nachhaltigen Entwicklung wiesen der Kreis Steinfurt, der Kreis Unna, die Kommunen Nottuln, Ostbevern, Rheinberg, Herzogenrath, sowie die größeren Kommunen Lüdenscheid, Dinslaken, Bonn, Dortmund und Solingen auf.

Abschließend stellte Halbach die wichtigsten Erkenntnisse aus der qualitativen und der quantitativen Analyse heraus. Die Verwaltung wird als wichtiger Akteur identifiziert, allerdings lässt sich feststellen, dass die Nachhaltigkeitsprozesse wirksamer sind, wenn sie in einer höheren Stelle angesiedelt sind. Dabei sind Kommunen, die sich für Nachhaltigkeit interessieren, gut vernetzt. Doch die Prozesse könnten noch besser strukturell und organisatorisch verankert werden, so Halbach. Für die Kommunen und Kreise ist im LA 21-Prozess die Themen Klimawandel, Mobilität und Flächenschutz besonders wichtige Themen. Zudem, so Halbach, hat sich die Zusammenarbeit zwischen Politik und Zivilgesellschaft durch den LA 21-Prozess verbessert. Dabei trifft der LA 21-Prozess auf Herausforderungen. Zunächst ist Nachhaltigkeit für die Kommunen keine Pflichtaufgabe. Auch fehlen in vielen Fällen die personellen und Ressourcen, um sich nachhaltig auszurichten. Dies führt auch dazu, dass Nachhaltigkeitsstrategien teilweise nicht evaluiert oder dauerhaft etabliert werden können. Doch trotz der strukturellen, personellen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen sich Kommunen und Kreise im Nachhaltigkeitsprozess konfrontiert sehen, bewerten diese den Prozess sehr positiv. Zum Schluss stellte Halbach das Projekt „Globale Nachhaltige Kommune“ vor, das im Herbst 2015 beginnt.³

Wie Frau Halbach in ihrem Vortrag deutlich machte, ist in NRW im Bereich Nachhaltigkeit schon viel umgesetzt worden, nichtsdestotrotz sind die Entwicklungen und Konzepte zu einer nachhaltigen Entwicklung noch ausbaufähig. Die Nachhaltigkeitsprozesse scheitern bzw. werden nicht von der Bereitschaft der Kommunen gebremst, sondern eher auf Grund mangelnder finanzieller und struktureller Ressourcen.

Vortrag von Werner Stüttem

Als dritter und letzter Referent, hielt Werner Stüttem, der stellvertretende Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik in Köln, einen Vortrag über die Herausforderungen mit der sich die Stadt Köln in Sachen nachhaltige Entwicklung konfrontiert sieht. Zudem ging er auf die Strategien und Projekte ein, die in der Vergangenheit umgesetzt werden konnten. Die Kommunen sind von einem Strukturwandel betroffen und die Bevölkerung polarisiert sich weiterhin in Arm und Reich, beginnt der Vortragende. Seiner Ansicht sieht sich Köln mit einer besonders großen Herausforderung konfrontiert, nämlich dem Bevölkerungswachstum. Laut verschiedener Prognosen könnte die Einwohnerinnenzahl in Köln von 1.044.931 (Stand Dezember 2014) auf zwischen 1.113.100 bis 1.234.384 (sic!) anwachsen. Stüttem sieht die Wohnsituation und die Mobilität in Köln als zentrale Herausforderungen der Zukunft. Denn preiswerter Wohnraum wird rar, durch den demografischen Wandel und klimafreundliche Unterkünfte verändert sich der Markt und Segregation und Gentrifizierung führen zu einer nicht unproblematischen Entwicklung in den Stadtteilen. Auch die vielen Berufspendler oder die

³ Vgl. URL: <http://www.lag21.de/themen-und-projekte/kommunalberatung/aktuelle-projekte/global-nachhaltigekommune.html>

Verkehrssicherheit sowie die vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr, zu der sich die Stadt bis 2023 verpflichtet hat, sind Baustellen, die angegangen werden müssen, so Stüttem. Dabei stehen die oben genannten Herausforderungen nach Stüttem in einem Spannungsverhältnissen. Beispielsweise steht der Wohnungsneubau in Konflikt mit dem Freiraumschutz. Auch der Klimaschutz muss, hinsichtlich einer energetischen Sanierung der Wohnräume, mit dem Schutz des Mieters, der durch eine Sanierung von höheren Mieten betroffen wäre, in Einklang gebracht werden. Oder die Sicherheit von Arbeitsplätzen, z.B. am Flughafen, muss trotz Klima- und Lärmschutz gewährleistet sein.



Foto: Sofie Sczilwik

In einem zweiten Teil stellt Stüttem Konzepte für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Köln vor. Zum Beispiel soll der Grüngürtel in der südlichen Innenstadt bis zum Rhein fortgeführt werden. Ein Entwurf zum Entwicklungskonzept südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) wurde bereits bearbeitet. Dieser schlägt ein gemischtes Stadtquartier für eine breite Bevölkerungsschicht vor. Es sollen Kitas, Schulen, eine S-Bahnanbindung, eine Markthalle, ein Gericht und Wohnungen für 3000 Menschen entstehen, sowie Büroflächen für 3000 Arbeitsplätze. Auch der Deutzer Hafen soll zu einem solchen Quartier umgewandelt werden, das 2.000 Wohnungen und 5000 Büroarbeitsplätze fasst. Anschließend kommt Stüttem auf das Strukturförderprogramm Mühlheim 2020 in Köln-Mühlheim zu sprechen, welches im November 2014 endete und Impulse in den Bereichen der lokalen Ökonomie (Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung (Schaffung von Ausbildungsplätzen) und Städtebau (Grünflächen, Einkaufsstraße) setzte. Ziel von Mühlheim 2020 war es die Zukunftsperspektiven der in Mühlheim lebenden Menschen zu verbessern, sowie ein neues Mühlheim-Gefühl zu erzeugen. Ob diese Ziele erreicht werden konnten, wird sich erst im Laufe der Zeit zeigen. Maßnahmen, die die lokale Ökonomie weiterentwickeln sollen, wurden bereits angestoßen, darunter die Einrichtung einer rechtsrheinischen Bildungsberatungsstelle oder die Etablierung eines Büros zur Stärkung der Interessengemeinschaften und zum Geschäftsraummanagement. Hinsichtlich der städtischen Mobilität wurde von der Stadt Köln ein Strategiepapier „Köln mobil 2025“ verabschiedet, ein Stadtentwicklungskonzept, das eine menschengerechte und umweltverträgliche Mobilität zum Ziel hat. Stadtentwicklung ist ein Prozess, der sich mit ständig veränderten Einflüssen konfrontiert sieht. Dabei

sind diese Einflüsse nur schwer vorhersehbar. Bei der Stadtentwicklung kommt es nicht nur auf die Konzepte und Maßnahmen an, sondern auch auf die Beteiligung der Stadtentwicklung, so Stüttem. Nachhaltigkeit muss dabei als Querschnittsthema angesehen werden, das nicht nur in einem Konzept, sondern in vielen verschiedenen Bereichen berücksichtigt werden muss. Mit Blick auf eine gesamstädtische nachhaltige Entwicklung wird ein strategisches Stadtentwicklungskonzept immer wichtiger.

Der Vortrag von Werner Stüttem hinterließ den Eindruck, dass Nachhaltigkeit in Köln noch nicht als integratives Konzept (wie das in Freiburg der Fall ist) verstanden wird, das allen städtischen Handlungen als Grundlage dient. Vielmehr wird die nachhaltige Entwicklung in Bereichen wie Wohnungsbau oder Mobilität immer noch in Abgrenzung zu ökonomischen Faktoren betrachtet wird.

Diskussion und Fragerunde

Nach den Vorträgen stieg der Moderator Martin Rüttgers mit einer an Werner Stüttem gerichtete Frage ein, wo **Köln bei der nachhaltigen Entwicklung noch zu lernen** habe. Stüttem betonte, dass die bestehenden Ansätze und die in seinem Vortrag vorgestellten Konzepte aufzunehmen und weiterzuentwickeln seien.

Simone Pflaume betonte erneut die **Rolle der Bürgerinnen und Bürger**. Eine sensibilisierte und aktive Bürgerschaft sei Voraussetzung für eine gelungene Stadtentwicklung. Als Beispiel führte sie das im Februar durchgeführte Referendum in Freiburg über den Bau eines neuen Fußballstadions, an, bei dem die Freiburgerinnen und Freiburger sich für das Stadion entschieden. Auch die Bildung für Nachhaltige Entwicklung liegt Pflaume sehr am Herzen, z.B. wie bringe ich die Bewohnerinnen dazu ihren Müll zu trennen.

Frau Halbach sprach die **Schwierigkeiten des Nachhaltigkeitsprozesses** an. Ihrer Meinung nach braucht es dazu eine politische Führung und die Bereitschaft verschiedener Ressorts zur Zusammenarbeit. Der politische Wille des oder der Bürgermeisterin, das Engagement der Bürgerschaft, sowie genügend Ressourcen und ein sinnvolles Management sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Ausrichtung einer Kommune.

Als nächstes wurde aus dem Publikum die Frage gestellt, welche **Strukturen in der Verwaltung** nötig wären, um eine nachhaltige Entwicklung zu koordinieren. Frau Pflaum aus Freiburg antwortete, dass eine Grundvoraussetzung für einen gelingende Nachhaltigkeitsprozess der interdisziplinäre Austausch ist, an dem sich vor allem Fachexperten beteiligen müssen. Stüttem erklärte, dass es noch einen großen Bedarf an strategischer Stadtentwicklung gäbe, wobei Nachhaltigkeit neben dem Wohnungsbau, der Mobilität und der Armutsbekämpfung sowie Armutsprävention nur einen Teil der Stadtentwicklung darstellt.

Halbach ist der Meinung, dass eine Dachstrategie in der Verwaltung eine sinnvolle Struktur ist, nachhaltige Stadtentwicklung voranzutreiben. Prioritäten müssten gesetzt und diese dann durchgeführt werden.

Anschließend fragte eine Zuschauerin Herrn Stüttem, welche Konzepte es in der Stadtverwaltung gäbe die heute **mäßige Bürgerbeteiligung** in Köln zu überwinden. Stüttem machte auf die Themenabende in der Südstadt zum Thema Parkstadt-Süd aufmerksam, die mit den Bürgertreffen früher in der Aula vergleichbar sind. Zudem hat das Amt gute Erfahrungen mit dem Projekt Mühlheim 2020 gemacht. Auch stellte die Stadtverwaltung Fonds zur Verfügung die kleine Bürgerprojekte unterstützen.

An Frau Pflaum kam die Frage, wieso in Freiburg die **nachhaltige Entwicklung maßgeblich aus der Verwaltung heraus entschieden** wird. Pflaum antwortete darauf, dass auch die Wirtschaft an der Formulierung der Nachhaltigkeitsziele beteiligt ist. Bezogen auf die Einbeziehung der Wirtschaft in Köln wurden erfolgreiche Projekte, wie Carsharing oder der Tag des guten Lebens angeführt, zudem

sprach sich Halbach dafür aus eine Öko-IHK zu gründen.



Foto: Sofie Sczilwik

Zu dem von Stüttem gesagten, meldete sich ein Zuschauer zu Wort, der darüber verwundert war, dass Stüttem behaupte, **Nachhaltigkeit käme nach Armutsbekämpfung**. Dabei, so der Zuschauer, solle nicht über das Verhindern von Nachhaltigkeit gesprochen werden, sondern das Nicht-Nachhaltige nachhaltig gestaltet werden.

Halbach schritt ein und erklärte diplomatisch, dass der **Begriff Nachhaltigkeit ein „schlimmer Begriff“** sei, der zwar viele vereint, aber mit unterschiedlichen Ausrichtungen. Deshalb müsste die Zielkonflikte normativ ausgehandelt werden und aufs jeweilige Projekt bezogen entschieden werden. Auch Pflaum war der Meinung, dass Konflikte ausgetragen werden und Entscheidungen gemeinsam getroffen werden, denn nur so könne Nachhaltigkeit (und Demokratie) gelebt werden.

Zum Schluss forderte Rüttgers die beiden Referentinnen und den Referenten dazu auf jeweils den aus ihrer Sicht **zentralen Faktor für Nachhaltigkeit** zu nennen. Stüttem nannte den politischen Auftrag, Pflaum die engagierte Bürgerschaft und Halbach machte noch einmal auf die aktuell schwierige Lage der Kommunen aufmerksam, nämlich die leeren Kassen.

Veranstalter Ralf Herbertz zeigte sich sehr zufrieden über die Veranstaltung. Auch im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Veranstaltungen, hat es viel Diskussionsbeteiligung, sowie konkrete Vorschläge zum Nachhaltigkeitsprozess gegeben. Der Vergleich Freiburg-Köln legte dabei offen, dass Köln hinsichtlich Nachhaltigkeit noch viel verbessern kann.

Dokumentation erstellt von Sofie Sczilwik.

KölnAgenda e.V.
Volksgartenstr. 34
50677 Köln

buero@koelnagenda.de